

# Das Ende der Beamten?

Eine Studie will belegen, daß die öffentlich Bediensteten „die wahren Millionäre“ unter den Berufsgruppen sind. Dienen diese merkwürdigen Berechnungen als Overture zu den kommenden Verhandlungen über ein BANG?

TEXT: PAUL STURM

**B**ernd Marin, Leiter eines „Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung“, stellte Berechnungen an und kam zum Schluß, daß „in allen Bildungsgruppen, ob männlich oder weiblich, ob Pflichtschul- oder Hochschulabschluß, das Lebensinkommen von Beamten zwischen 1,1 Millionen (Frauen mit Uni-Diplom) und 6,1 Millionen (Frauen mit BHS-Matura) höher als das der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ist“.

## EINE MERKWÜRDIGE KOINZIDENZ ...

In der „Profil“-Ausgabe vom 6.4. d.J. wird die „Studie“ als Titelgeschichte groß aufgemacht und den Lesern suggeriert, daß die öffentlich Bediensteten bezogen auf das Lebensinkommen wesentlich mehr verdienen als vergleichbare Berufsgruppen in der Privatwirtschaft. Auch „NEWS“ hat seine negative Einstellung zum öffentlichen Dienst wieder bewiesen und unter Bezugnahme auf die Marin-Berechnungen tendenziös über die Einkünfte im öffentlichen Dienst berichtet. Der Titel „Das Ende der Beamten“ bezieht sich auf eine „geheime“ Punktation des Bundeskanzleramtes über ein Bundesarbeitnehmergesetz (BANG). Die verzerrte Darstellung der Einkommensverhältnisse im öffentlichen Dienst hat auch in den übrigen Medien Beachtung gefunden und in der Kollegenschaft berechnete Empörung ausgelöst.

Wenn man weiß, daß sich Herr Marin vor allem als Gegner des öffentlichen Dienstes in den Medien profiliert, ist sein neuestes „Opus“ nicht verwunder-



*Staatssekretär Karl Schlögl: „Das neue Bundesarbeitnehmer-Gesetz rasch in die Praxis umsetzen“*

lich. Merkwürdig wird die Sache freilich wegen des zeitlichen Zusammenhanges mit den Presseausagen von Staatssekretär Mag. Schlögl über „sein“ BANG. Viele sind nämlich der Meinung, daß das Erscheinen der „Studie“ nicht ganz zufällig ist.

Die GÖD will vorerst davon ausgehen, daß die Marin-Berechnungen nicht eine bestellte Auftragsarbeit vor den in Kürze beginnenden Verhandlungen sind. Es wäre eine schwere Belastung der Sozialpartnerschaft, wenn die an sich sehr komplexen Verhandlungen durch (aus unserer Sicht unsachliche und unrichtige) Informationen an die Öffentlichkeit gestört werden, bevor sie überhaupt begonnen haben.

Inhaltlich wollen und können wir derzeit über die Absichten Staatssekretär Schlögl hinsichtlich des „BANG“ nicht Stellung nehmen, weil die Verhandlungen noch nicht begonnen haben. Wenn es soweit ist, werden wir natürlich ausführlich informieren.

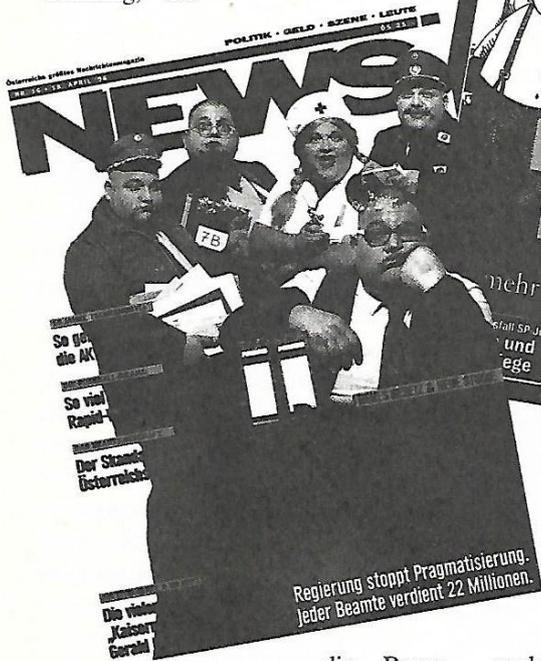
Da die Fortsetzung der „Beamtenhatz“ in einigen Medien in der Kollegenschaft große Empörung ausgelöst hat, bringen wir nachstehend die Erwiderung des GÖD-Pressereferates zum erwähnten Profil-Artikel. Die Argumente der GÖD können dieser Erwiderung entnommen werden.

## ANTWORT AN DIE PROFIL-REDAKTION

Der Artikel „Die wahren Millionäre“ in der Profil-Ausgabe vom 6.4.1996 ist inhaltlich absurd und in der Aufmachung so beleidigend, daß unzählige Kolleginnen und Kollegen sich mit Recht empört auch an die GÖD gewendet haben. Wir ersuchen um (vollinhaltliche) Wiedergabe unserer Stellungnahme.

Die „Studie“ des Herrn Bernd Marin ist oberflächlich, unwissenschaftlich, tendenziös und stellt inhaltlich die Tatsachen auf den Kopf. Wie schon bei seinen bisherigen Aktionen will der notorische Beamtenfeind Bernd Marin einen Keil zwischen den öffentlichen Dienst und die Bediensteten der Privatwirtschaft treiben (Marin-Zitat: „Die gesellschaftliche Konfliktlinie verläuft in Zukunft zwischen den Staatsdienern und den ASVG-Arbeitnehmern“). Besonders befremdend wirkt der Artikel wegen des Gleichklangs mit Staatssekretär Mag. Schlögl. Ob die „Studie“ von Mag. Schlögl in

Auftrag gegeben wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Viele sind der Meinung, daß sie als gezielte Maßnahme vor den geplanten Verhandlungen für das „Bundesarbeitnehmer-Gesetz“ gesetzt wurde. Die Aussage des Staatssekretärs: „Die rund 16 Milliarden Schilling, die



*Mediales  
Sperrfeuer auf den öffentlichen  
Dienst: Tendenziöse und diffamierende  
Berichterstattung*

die Beamten zum 100-Milliarden-Schilling-Sparpaket beitragen, reichen Schlägl noch lange nicht. Er will seinen Ende vergangenen Jahres vorgelegten Entwurf für ein neues „Bundesarbeitnehmer-Gesetz“ rasch in die Praxis umsetzen.“ sind jedenfalls ein Indiz dafür.

Die Auswirkungen des Sparpaketes auf den öffentlichen Dienst sind schwierig genug. Zusätzlich zu den allgemeinen Sparmaßnahmen müssen wir ja Einkommenseinbußen schmerzlichsten Ausmaßes hinnehmen. Der anfänglichen Anerkennung für die Sparbereitschaft des öffentlichen Dienstes folgt nun leider sehr rasch die Fortsetzung der Beamtenhatz.

Die herabsetzende Absicht wird auch durch das Titelbild deutlich, auf dem die öffentlich Bediensteten als dickwanstige Monster diffamiert werden.

Die Absicht der „Studie“ und des Profil-Artikels ist für uns offensichtlich. Trotzdem wollen wir auch kurz auf den Inhalt der „Studie“ eingehen:

Herr Marin will mit seinen Be-

rechnungen beweisen, daß „in allen Bildungsgruppen, ob männlich oder weiblich, ob Pflichtschul- oder Hochschulabschluß, das Lebenseinkommen von Beamten zwischen 1,1 Millionen (Frauen mit Uni-Diplom) und 6,1 Millionen (Frauen mit BHS-Matura) höher als das der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ist“. Es wäre schön, wenn es so wäre! Die Tatsachen sehen leider anders aus. Die Einkommen der öffentlich Bediensteten liegen nach wie vor deutlich hinter jenen vergleichbarer Berufsgruppen in der Privatwirtschaft.

Dies wurde auch in der – auf wissenschaftlicher Basis – zum Sozialbericht 1989 erstellten Studie nachgewiesen. So verdient etwa ein Maturant in der Privatwirtschaft ungefähr so viel wie ein Akademiker im Bundesdienst. Die Situation hat sich seither (durch bescheidenere Gehaltsabschlüsse und durch das Sparpaket) noch weiter zuungunsten des öffentlichen Dienstes verändert. Der Einkommensnachteil des öffentlichen Dienstes ist auch bei

Einrechnung der (im Vergleich zum ASVG günstigeren) Beamtenpension gegeben. Entscheidend bei diesen Berechnungen ist, daß vergleichbare Berufsgruppen verglichen und die tatsächlichen Einkommen zugrunde gelegt werden.

Was Beamte derzeit tatsächlich verdienen, wird nachstehend anhand einiger repräsentativer Beispiele dargestellt.

Daß die öffentlich Bediensteten im Aktiv-Einkommen nach wie vor benachteiligt sind, weiß jeder, der die Löhne vergleichbarer Bediensteter in der Privatwirtschaft kennt. Jede seriöse wissenschaftliche Studie wird dies belegen. Die unwissenschaftlichen Behauptungen des Herrn Marin, der sich für seine „Forscher“-Tätigkeit vor allem durch eine starke Präsenz in den Medien „habilitiert“ hat und Millioneneinkünfte aus öffentlichen Geldern bezieht, stellt diese Tatsachen – leider! – auf den Kopf!

**B. MARIN IM O-TON<sup>1)</sup>**

**... über das Dienstrecht:**

Es ist eine Frage der Modernisierung Österreichs, aus dem 18. Jahrhundert ins 21. Jahrhundert überzutreten. Es geht um nichts weniger als das. Wir reden von Maria Theresia.

**... über die angeblichen Dienstzeiten mancher Beamter:**

Aber man sollte überprüfen, bei Professoren wie bei den Richtern, warum manche nie vor 11 und nie nach 15 Uhr im Büro sind – und zwischendurch Tennis spielen und Mittag essen.

**... über die Pragmatisierung:**

Meine Haltung ist sehr klar: Es sollte ab 1.1.'97 absolut niemand mehr pragmatisiert werden ...

Die Idee, an den bestehenden Systemen weiter herumzudoktern, führt immer tiefer in den Dschungel.

<sup>1)</sup>Quelle: News 16/96